

Spangenberg Zeitung.

Anzeiger für die Stadt Spangenberg und Umgebung. Amtsblatt für das Amtsgericht Spangenberg.

Erscheinung
wöchentlich 3 mal und gelangt Dienstag, Donnerstag und Sonnabend nachmittags für den folgenden Tag zur Ausgabe. Abonnementspreis pro Monat 1 G. Mk. frei ins Haus, einschließlich der Beilage „Wort und Bild“.
Durch die Postanstalten und Briefträger bezogen 1,20 Mk. Fernpreiser 27



Anzeigen
werden die sechsgealtene 3 mm hohe (Netto-)Zeile oder deren Raum mit 10 Pfg. berechnet; auswärts 15 Pfg. Bei Wiederholung entsprechender Rabatt. Reklamen kosten pro Zeile 40 Pfg. Verbindlichkeit für Platz, Datumsvermerk und Beleglieferung ausgeschlossen. Zahlungen auf Postcheckkonto Frankfurt am Main Nr. 20771
Annahmehgebühr für Offerten und Auskunft beträgt 15 Pfg. Zeitungsbeilagen werden billigt berechnet.

Druck und Verlag: Buchdruckerei Hugo Munzer. Für die Schriftleitung verantwortlich: Hugo Munzer, Spangenberg.

Nr 96 Donnerstag den 18. September 1924 17. Jahrgang.

Der Mensch bedarf des Menschen sehr zu seinem großen Ziele: nur in dem Ganzen wirkt er viel Tropfen geben erst das Meer.

Der Kampf gegen Macdonald.

Das englische Parlament tritt am 30. September wieder zusammen, und man erwartet allgemein in England, daß es zu einer scharfen Aussprache über die politische Lage kommen wird, in der es nicht an Macdonalds die Stellung des Führers der Arbeiterpartei als englischer Premier ist durchaus nicht so festgelegt, wie man es auf dem Kontinent und insbesondere in Deutschland annimmt. Nicht nur die Konservativen, auch die Liberalen, die der Politik Macdonalds wiederholt Unterstützung zuteil werden lassen, lassen ein deutliches Mißtrauen erkennen. Sowohl Konservativen als auch Liberalen nehmen den mit Sowjetrußland abgeschlossenen Vertrag als Auslöser für ihren Kampf und man kann mit großer Wahrscheinlichkeit damit rechnen, daß durch eine Ablehnung dieses Vertrages im Unterhause Neuwahlen erzwungen werden. Die oppositionelle Presse stellt sich bereits jetzt auf diese Neuwahlen ein und wirft der Macdonald-Regierung große Mißerfolge auf dem sozialpolitischen Gebiete vor und macht sie verantwortlich dafür, daß der englische Außenhandel immer mehr zurückgegangen ist, nachdem sich die Weltmarktconjunktur gebessert hat. Von liberaler Seite wird der russische Vertrag geradezu als ein „schamloser Betrug“ bezeichnet, und Ablehnungsvorschläge, die seine wichtigsten Bestimmungen, die Garantie für eine Anleihe und die Aufhebung der Beschlagnahme der zaristischen Guthaben außer Kraft setzen, sind bereits in Vorbereitung. Macdonald muß also damit rechnen, daß es ihm nicht gelingen wird, den Vertrag, so wie er ist, durchzubringen, und scheint die Gegenpartei damit einleiten zu wollen, daß er gemeinsam mit Herriot auf die augenblicklichen Machtverhältnisse in Moskau dahin einzuwirken versucht, sie zu einer Demokratisierung der russischen Regierungsform zu veranlassen. Wenn er dies erreicht, so wäre das nicht nur für ihn ein Erfolg von weltpolitischer Bedeutung, sondern würden auch die schärfsten Argumente gegen den englisch-russischen Vertrag entkräftet sein, und es wäre kaum daran zu zweifeln, daß in den Neuwahlen die englische Arbeiterpartei einen durchschlagenden Sieg davontragen würde.

Deutscher Kolonialkongress

Eröffnungssrede des Gouverneurs a. D. Dr. Seib.
Der erste nach dem Verlust unserer in blühender Entwicklung begriffenen Kolonien wieder tagende Kolonialkongress ist am Mittwoch in der Universität zusammengetreten. Der Kongress wird von 69 in der Kolonialen Reichsarbeiterschaft zusammengeschlossenen, kolonialen und deutschen Lebensinteressen verfolgenden Gesellschaften und Vereinen. Ehrenpräsident des Kongresses ist der als letzter Gouverneur von Togo und als forschungsreichster rühmlichst bekannte Herzog Adolf Friedrich zu Mecklenburg. Den Vorsitz beim Kongress führt der Präsident der deutschen Kolonialgesellschaft, Gouverneur a. D. Seib, der in seiner Eröffnungssprache das Recht Deutschlands auf freie koloniale Betätigung in den Vordergrund hob.

„Wir stehen heute,“ — so führte der Redner aus — „noch nach als nach dem Dittat von Versailles mitten im Kampfe um unsere nationale Existenz. In diesem Kampfe aber spielt die koloniale Frage eine Hauptrolle. Wir stehen mitten in einer wirtschaftlichen Umwälzung der gewaltigsten Art, die sich still, aber unerbittlich in der ganzen Welt vollzieht. Auch in Ländern, die bisher rein agrarische waren, hat seit dem großen Kriege eine Industrialisierung eingeleitet, die auf die Dauer das Bestehen reiner Industriestaaten unmöglich macht und die Umstellung der Volks- und Weltwirtschaft bedingt. Diese Umstellung wird in dem verarmten, verfallenden, seiner Bewegungsfreiheit nach jeder Richtung hin gekümmerten Deutschland doppelt schwer sein, wenn nicht unsere feste Lebensgrundlage, nur möglich ist, wenn wir in irgend einer Form wieder eine koloniale Lebensgrundlage eröffnen wird. Geht es das nicht, dann hätte Frankreich Clemenceau mit seiner Behauptung recht, 20 Millionen Deutsche zu viel auf der Erde sind. Aber sagen: nicht 20 Millionen Deutsche sind zu viel, sondern das deutsche Land ist für 60 Millionen viel zu klein. Mit Recht können wir sagen:

Kein Mann für alle hat die Erde,
geht uns Bewegungsfreiheit, geht uns den unsere Volkszahl und unsere Kraft entsprechenden Teil der Erde. Das Deutschland wird künstlich zu dem gemacht, wofür die Natur es zu unrecht berufen hat, zu einer Gefahr für die Ruhe der Welt. Dies Schicksal wollen wir unserem Volke ersparen, darum kämpfen wir, wenn wir immer und immer wieder auf die Bedeutung der kolonialen Tätigkeit hinweisen, nicht für abenteuerliche Utopien, sondern für die Erfüllung unseres Volkes.“
„Aber diese wirtschaftlichen Momente sind,“ so fuhr der Redner fort, „nur eine Seite der kolonialen Frage. Kein modernes Kulturvolk kann als solches bestehen, das nicht teilnimmt an der Entwicklung der gesamten Welt. Was uns in dieser Beziehung der Besitz von Kolonien war, fühlen wir täglich mehr und mehr. Unsere Forderung, unsere Wissenschaft, unsere Missionen sind überall gehemmt und unterdrückt durch die chinesische Mauer, mit der der Friede von Versailles das deutsche Volk umgeben hat.“

Tiefe Mauer muß fallen,
wenn unser Volk nicht geistig, und vergessen wir das nicht, auch politisch verblühen soll. Darum halten wir 40 Jahre nach der Erwerbung unserer Kolonien diesen Kongress ab, um dem deutschen Volke und der Welt immer wieder vor Augen zu führen, was wir in der kurzen Zeit unserer Kolonialgeschichte geleistet haben, und auf der anderen Seite, daß wir auch nach dem Verlust unserer Kolonien trotz unserer Verarmung nicht aufgehört haben, auf dem kolonialen Gebiete zu arbeiten. Nur so können wir, wenigstens unter den heutigen traurigen Verhältnissen, den Beweis erbringen, wie verlogen die Behauptung ist von unserer Unwürdigkeit und Unfähigkeit zum Kolonisieren. Durch die Tat werden wir beweisen, daß wir nicht verzichten auf die Mitwirkung bei den kolonialen Aufgaben der Welt.“

Im weiteren Verlauf der Eröffnungssitzung des deutschen Kolonialkongresses sprach Excellenz Schneidewitz über Mandatspolitik. Er erklärte, die wenigen Jahre der Mandatsregierung hätten gezeigt, daß dieses System vollkommen verfehlt sei und zum Nachteil der Bewohner des Landes, insbesondere der Eingeborenen, ausfalle. Nach ihm berichteten Missionsdirektor Knaf Aber die Lage der evangelischen, Pater Kolarik aber die der katholischen Mission. Beide führten übereinstimmend aus, daß die Tätigkeit der Missionen durch die Bestimmungen des Vertrages von Versailles großen Schaden gelitten habe, und daß die Verwirklichung der Aufgaben, die sich die Missionen gesetzt hätten: neben der Bekehrung der Heiden eine kulturelle Hebung der tieferliegenden Völkerschaften herbeizuführen, mehr oder minder unmöglich geworden sei.

Als letzter Redner sprach der frühere Medizinalreferent der Kolonialverwaltung, Prof. Dr. Steudel, über

die ärztliche Versorgung der deutschen Kolonien
jetzt und vor Kriegsausbruch. Er wies darauf hin, daß diese Versorgung jetzt sehr viel schlechter sei als vor dem Kriege, weil es den Mandatsmächten unmöglich sei, auch nur annähernd soviel Ärzte in die früheren deutschen Kolonien zu entsenden, als vor dem Kriege dort waren, weil es ihnen an der nötigen Anzahl ausgebildeter Ärzte fehle. Die Folge davon sei, daß die Sterblichkeit unter den Eingeborenen ungeheurer zugenommen habe und auch die Bekämpfung der in den Tropen herrschenden Krankheiten, insbesondere der Schlafkrankheit, bedauerlicherweise außerst stark zurückgegangen sei.

Der Generalagent in Paris.

Berichterstattung vor der Reparationskommission. — Günstiger Eindruck in Paris.

Der Generalagent für die Reparationszahlungen, Owen Young, der zurzeit in Paris weilt, hat der Reparationskommission offiziellen Bericht erstattet über die Maßnahmen, die er in Berlin zur Durchführung des Sachverständigenberichts getroffen hat. Der Bericht hat, nach dem Urteil der Pariser Presse zu schließen, einen ausgezeichneten Eindruck hinterlassen.

In seinem Bericht hat Owen Young darauf hingewiesen, daß die deutsche Regierung ihm in bereitwilliger Weise mit allen möglichen Angaben an die Hand gehe; sämtliche technischen Einzelheiten seien ihm in höchst zuvorkommender Weise mitgeteilt worden, und die Überzeugung, daß das Dawes-Gutachten Deutschlands Rettung bedeute, breche sich Bahn. Owen Young behauptet, daß auch die Deutschen sich in hervorragendem Maße an der Ausbringung der 800-Millionen-Anleihe nächsten Monat beteiligen werden.

Owen Young hat ferner eine Reihe bemerkenswerter Anreuerungen gemacht und u. a. betont, daß das

Personal der verschiedenen technischen Körperschaften eine Mindestzahl bedeuten müsse, hauptsächlich zur Vermehrung größerer Ausgaben. Der Sitzung haben u. a. das ebenfalls amerikanische Mitglied des Sachverständigenausschusses, Henry Robinson, der zum ständigen Vertreter des Generalagenten in Paris ernannt worden ist, und der Engländer Mac Fadycan, der Kommissar für die Monopoleinnahmen, beigewohnt.

Der Preis der deutschen Reparationskohle.
Der „Chicago Tribune“ zufolge, hat die Reparationskommission im Verlauf der Sitzung, der Owen Young bewohnte, den Preis der deutschen Reparationskohle festgesetzt. Er beträgt ungefähr 18 Goldmark für eine Tonne. Er tritt vom 1. Oktober ab in Kraft und wurde festgesetzt, um die glatte Abwicklung der Sachlieferungen zu ermöglichen.

Die Reparationskommission hat Owen Young ferner mitgeteilt, daß Frankreich und Belgien den Betrag von 3½ Millionen Goldmark auf seinen Namen bei den Banken des Ruhrgebiets hinterlegt haben. Dieser Betrag stellt die franco-belgische Ruhereinlage in der Zeit vom 1. bis 10. September dar, ausschließlich der 10 Millionen Goldmark, die für die Befreiung der Besatzungsunkosten (!) verwendet wurden.

Das Genfer Kompromiß.

Benesch als Vermittler.
In den Genfer Völkerbundsanschlüssen ist man eifrig bemüht, eine alle Teile befriedigende Lösung der Sicherheits- und Schiedsfrage ausfindig zu machen. Als Grundlage für einen Ausgleich der widerstehenden Interessen Englands und Frankreichs kommt ein Projekt in Betracht, das der tschechoslowakische Außenminister Dr. Benesch dem zuständigen Völkerbundsamt des Völkerbundes unterbreitet hat.

Dieser Entwurf soll aus einem Vorwort, 15 Artikeln und mehreren Zusatzartikeln bestehen. In dem Vorwort wird zum Ausdruck gebracht, daß die unterzeichneten Staaten ihre gesamten Land-, See- und Luftstreitkräfte dem Völkerbund zur Verfügung stellen. Dann folgen einige Artikel über die Organisation des Schieds- und Vermittlungsverfahrens, das für alle beitretenden Mitglieder obligatorisch ist. Bei internationalen Konflikten müssen sich die betreffenden Staaten dem Schiedspruch unterwerfen. Der Angreiferstaat wird vom Internationalen Ständigen Gerichtshof festgesetzt. Die Beschlüsse des Völkerbundsrats, soweit sie die Beilegung von Streitfällen betreffen, sind nicht einstimmig, sondern mit einfacher Mehrheit zu fassen. Sobald ein Konflikt ausgebrochen ist, haben die Vertragsstaaten Sorge zu tragen, daß eine entmilitarisierte Zone geschaffen wird, und durch militärische Sachverständige eine Kontrolle darüber auszuüben, daß in den am Konflikt beteiligten Staaten keine Kriegsrüstungen vorgenommen werden. Alle Staaten, die der Vereinbarung beitreten, müssen dem Völkerbund vollständige Statistiken über ihre Land-, See- und Luftrüstungen zur Verfügung stellen und sich verpflichten, an einer Abrüstungskonferenz teilzunehmen.

Ob der Entwurf Benesch in seiner gegenwärtigen Fassung Annahme finden wird, ist noch völlig ungewiß. Im Völkerbundsamt selbst stehen vorläufig nur zwei Artikel über die Sanktionen fest, und zwar die Artikel 1 und 7. Der erste Artikel bezieht sich auf das sogenannte „Kriegsmoratorium“. Die Mitglieder des Völkerbundes müssen sich einer schiedsrichterlichen Entscheidung, die im Verlauf von sechs Monaten gefällt wird, unterwerfen. Zum Kriege können sie nicht mehr zuvorkommen, bevor nach der Fällung des Schiedspruches eine Frist von weiteren drei Monaten verstreicht. Artikel 7 bezieht sich auf die Ausübung wirtschaftlicher und militärischer Sanktionen nach Fällung des Schiedspruches. Beide Artikel sind von sämtlichen im Völkerbundsamt vertretenen Ländern, einschließlich Frankreich und England, angenommen worden.

